

Gralka, Sabine; Heller, Julia

Article

Der Gang zur Wahlurne: Beweggründe für die politische Partizipation

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Gralka, Sabine; Heller, Julia (2015) : Der Gang zur Wahlurne: Beweggründe für die politische Partizipation, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 22, Iss. 5, pp. 3-16

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/170141>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der Gang zur Wahlurne: Beweggründe für die politische Partizipation

Sabine Gralka und Julia Heller*

Einleitung

Nach verbreiteter Auffassung garantiert in einer parlamentarischen Demokratie nur eine hinreichend hohe Beteiligung der Bürger an politischen Wahlen, dass die Regierung die politischen Vorstellungen der Mehrheit der Bevölkerung repräsentiert.¹ Allgemein wird in der politikwissenschaftlichen, ökonomischen und soziologischen Literatur eine hohe Wahlbeteiligung als Zeichen für ein ausgereiftes Demokratieverständnis und eine aktive Beteiligung der Bevölkerung am politischen System gesehen [vgl. SCHÄFER (2009)]. In diesem Zusammenhang stellt die im langfristigen Trend sinkende Wahlbeteiligung in Deutschland auch weiterhin in regelmäßigen Abständen ein reges Diskussionsthema dar.

So ließen seit den 1970er-Jahren, über rund drei Jahrzehnte hinweg, immer mehr Bürger bei Bundestags-, Landtags-, Kommunal- oder auch Europawahlen ihr Recht zu wählen ungenutzt [vgl. SCHÄFER (2009)]. Erst am aktuellen Rand, wie etwa bei der Bundestagswahl 2013, konnte eine wieder leicht ansteigende Wahlbeteiligung beobachtet werden [vgl. DER BUNDESWAHLEITER (2015)].

Allerdings gibt es dabei deutliche regionale Unterschiede: So liegt die Wahlbeteiligung in den ostdeutschen Bundesländern weit unter derjenigen für Westdeutschland (vgl. Abb. 1). Mit Ausnahme weniger Wahlkreise, vor allem im Umland von Dresden und Berlin, beteiligten sich bei der letzten Bundestagswahl 2013 (teilweise deutlich) weniger als 70 % der Wahlberechtigten an der Stimmabgabe. In den Wahlkreisen Westdeutschlands lag die Wahlbeteiligung hingegen zumeist zwischen 70 % und 75 %. Vor allem im Umkreis größerer Städte liegen die Ergebnisse sogar nochmals deutlich höher. Die unterschiedlich hohe Wahlbeteiligung wird zum Beispiel durch Faktoren wie regionale Unterschiede bei der Zufriedenheit der Wähler mit den Kompetenzen der Parteien oder dem unterschiedlich stark ausgeprägten Gefühl erklärt, durch politische Parteien überhaupt noch vertreten zu werden [vgl. BECKER (2005)].

Darüber hinaus werden in der Literatur weitere Einflussfaktoren auf die Wahlbeteiligung diskutiert, welche vornehmlich auf dem individuellen Nutzenkalkül bei der Wahlentscheidung beruhen. Diese Wirkungskanäle umfassen insbesondere die subjektive Einschätzung der Wahlberechtigten hinsichtlich der Bedeutung ihrer eigenen Stimme, den Grad der politischen Informiertheit oder

auch eigenes politisches oder ehrenamtliches Engagement.

Vor dem Hintergrund eines offenkundig strukturellen West-Ost-Unterschiedes in der Wahlbeteiligung werden mit den folgenden Auswertungen ausgewählte Partizipationsmotive für Ost- und Westdeutschland genauer analysiert. Es soll untersucht werden, welche Beweggründe der politischen Partizipation durch die eigene Stimmabgabe zugrunde liegen und wie diese zur Erklärung des unterschiedlichen Wahlbeteiligungsergebnisses beitragen können. Hierfür wird die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) ausgewertet, die Aussagen über den Zusammenhang von Wahlbeteiligung und bestimmten soziodemographischen Charakteristika der Wahlberechtigten (z. B. Alter, Geschlecht oder auch Bildungsniveau) erlaubt.

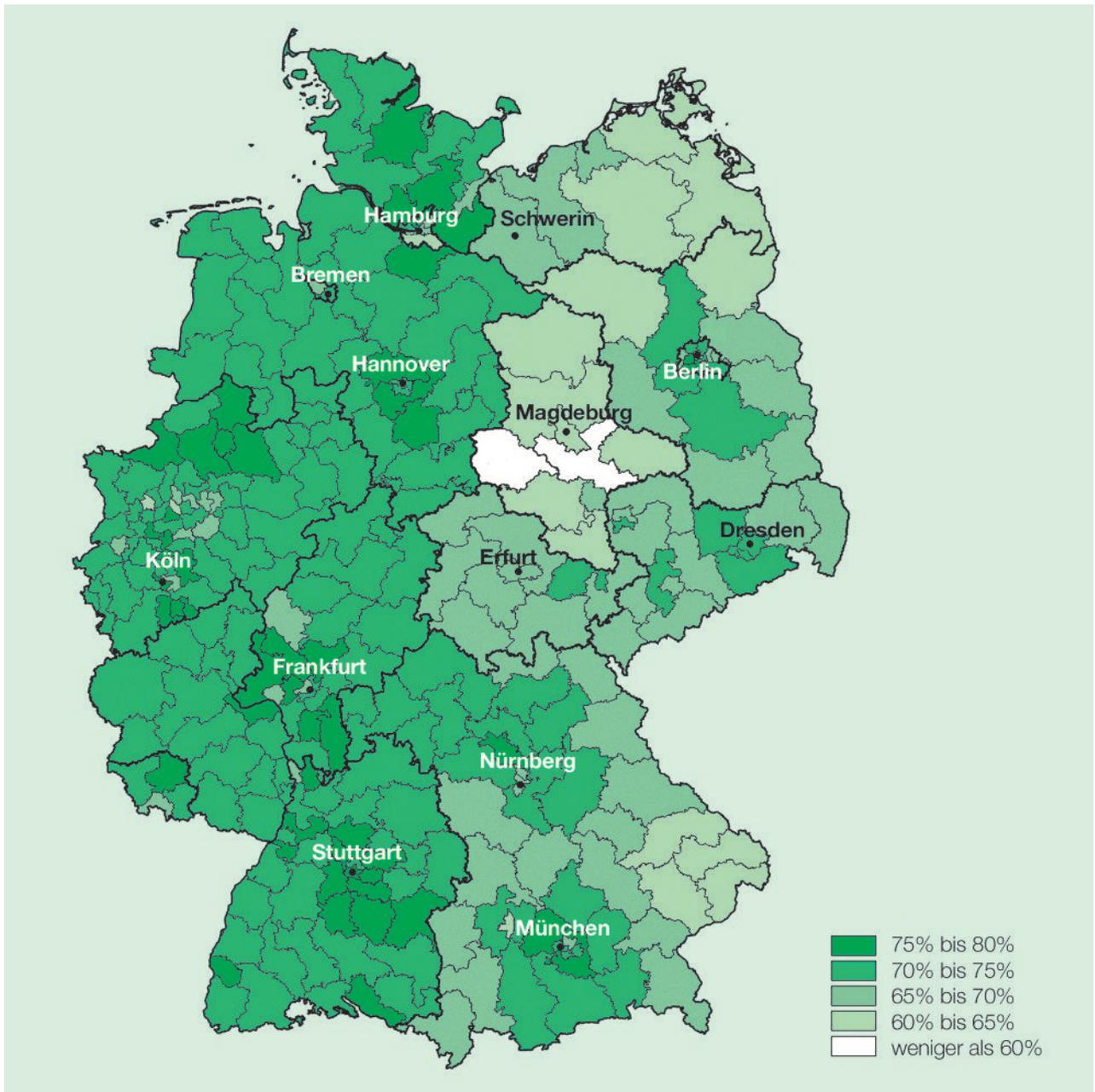
Bisheriger Stand der Wahlforschung

Für den Normalbürger ist die Beteiligung an allgemeinen Wahlen die wichtigste Form einer Teilhabe am politischen Willensbildungsprozess. Basierend auf Überlegungen zum individuellen Nutzenkalkül bei der Entscheidung für oder gegen eine Stimmabgabe legte Downs (1957) den Grundstein der ökonomischen Wahlforschung mit dem von ihm herausgearbeiteten „Wahlparadoxon“. Dieses Paradoxon besteht in dem Widerspruch zwischen der theoretisch hergeleiteten Schlussfolgerung, dass Nichtwählen für einen rationalen Akteur die überlegene Alternative ist, und der empirischen Beobachtung, dass ein großer Teil der Bürger tatsächlich wählen geht. Während nämlich die Beteiligung an einer Wahl mit Opportunitäts-, Informations- und Entscheidungskosten verbunden ist, ist der damit verbundene individuelle Nutzen nahezu Null, da eine einzelne Stimme für den Wahlausgang mit hoher Wahrscheinlichkeit bedeutungslos ist. Ein rationaler Entscheider wird sich daher nicht an Wahlen beteiligen.

Das Wahlparadoxon lässt sich nur auflösen, wenn nicht-ökonomische Motive als Determinante der Wahlbeteiligung zugelassen werden – so z. B. eine ethisch-

* Sabine Gralka ist Doktorandin am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung an der Technischen Universität Dresden. Julia Heller ist Doktorandin der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abbildung 1: Endgültiges Ergebnis der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 nach Wahlkreisen



Quellen: Geodaten: © GeoBasis-DE / BKG (2011), Wahlbeteiligung: Der Bundeswahlleiter (2015), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

moralisch begründete Selbstverpflichtung, sich an Wahlen zu beteiligen oder ein hierauf gerichteter Druck des persönlichen Umfelds. Hiervon ausgehend lässt sich dann die Frage stellen, welche Faktoren die Entscheidung für oder gegen eine politische Partizipation mittels Beteiligung an einer Wahl auf der individuellen Ebene beeinflussen. Ein wichtiger Ansatzpunkt dabei ist es, die offensichtliche Heterogenität der Wahlberechtigten zu berücksichtigen.

Im Blickpunkt der Untersuchungen steht u. a. der Einfluss des Bildungsniveaus [LOCHNER (2010)]. Typischerweise wird diese (positive) Beziehung dahingehend inter-

pretiert, dass Individuen mit einem höheren Bildungsniveau geringere Kosten der Wahlentscheidung aufweisen [vgl. KAM und PALMER (2008)]. Weitere, zumeist empirisch geprägte Arbeiten fokussieren sich auf ausgewählte Wirkungskanäle, wie z. B. die Wahlteilnahme aus ethischer Verpflichtung [vgl. u. a. GERBER et al. (2008), MATLAND und MURRAY (2015)], die Kosten der Informationsbeschaffung [vgl. BONAPARTE und KUMAR (2013), LACY und NIOU (2012)], das vorhandene politische Grundwissen [vgl. HOOGHE und DASSONNEVILLE (2011), NORDIN (2014)] oder aber auch auf den Einfluss von Wahlkampagnen und Medien [für das

Beispiel von Fox News in den USA vgl. DELLA VIGNA und KAPLAN (2007)].

Eine umfassende Betrachtung mit mehreren Wirkungskanälen wird innerhalb der Literatur nur vereinzelt durchgeführt, jedoch wiederholt empfohlen [vgl. HYLIGUS (2005), MARTHENS und GAINOUS (2013)]. Einen Ansatz diesbezüglich liefern KÜHNEL und FUCHS (1994). Sie zeigen, dass insbesondere die unterschiedlichen Einschätzungen der Kompetenzen und politischen Maßnahmen der Parteien oder Kandidaten als auch die wahrgenommene Teilnahmeverpflichtung, begründet durch die Erwartungshaltung des sozialen Umfeldes sowie durch die individuelle Selbstverpflichtung, die Wahlabsicht im besonderen Maße beeinflussen.

Datengrundlage

Zur Beantwortung der genannten Fragestellungen wird auf Daten des GESIS INSTITUTES FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN (GESIS) zurückgegriffen. Im Mittelpunkt der Auswertung steht der von GESIS bereitgestellte Datensatz „Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS). Dieser besteht aus seit 1980 alle zwei Jahre erhobenen, repräsentativen Querschnittsumfragen bezüglich Einstellungen, Verhaltensweisen und Sozialstruktur der Bevölkerung. Der ALLBUS-Datensatz enthält neben den wiederkehrenden Fragen zu politischen Einstellungen zudem vier Umfragewellen aus den Jahren 1988, 1998, 2008 und 2014, in welchen ein besonderer Fokus auf die politische Partizipation gelegt wurde.

Im vorliegenden Beitrag steht die neueste Umfragewelle aus dem Jahr 2014 im Mittelpunkt der Auswertung; wo es sinnvoll erscheint, erfolgt darüber hinaus ein Vergleich mit den Angaben aus den Jahren 1998, 2008 und/oder 2012.² Der ALLBUS-Datensatz 2014 wurde zusammen mit zwei Modulen des „International Social Survey Programme“ (ISSP) erhoben. Zu diesem Zweck wurde die Gesamtheit der ALLBUS-Stichprobe (3.471 Personen) aufgeteilt. 1.727 Personen nahmen am ISSP I Modul „Nationale Identität“ und 1.709 am ISSP II Modul „Bürger und Staat“ teil.³ Während ausgewählte Fragen, wie z. B. zur Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl (2013), in beiden Gruppen gestellt wurden, ist der überwiegende Anteil der Variablen in jeweils nur einem der Module vorhanden. Die dementsprechend kleineren Stichproben sind nachfolgend gekennzeichnet.

Wie zuvor anhand von Abbildung 1 gezeigt, bestehen wesentliche Unterschiede bei der Wahlpartizipation zwischen den ost- und westdeutschen Bundesländern. Eine separate Analyse ist deshalb angemessen und steht im Fokus der nachfolgenden Betrachtung. Um zu vermeiden, dass die Fallzahl für Analysen der ostdeutschen Bevölke-

rung zu klein wird, sind die Befragten aus den ostdeutschen Bundesländern überproportional in der ALLBUS-Stichprobe vertreten. Um Aussagen für Gesamtdeutschland treffen zu können, werden die im ALLBUS-Datensatz bereitgestellten GewichtungsvARIABLEN verwendet [vgl. ALLBUS (2014b)].

Mögliche Einflussfaktoren auf die Wahlbeteiligung

Bedeutung der eigenen Stimme

Von besonderem Interesse ist die empirische Untersuchung zur individuellen Einschätzung der Bedeutung der eigenen Stimme bei einer Wahl. Je höher das Individuum die Relevanz der eigenen Stimme einschätzt, desto eher wird es geneigt sein, tatsächlich zur Wahl zu gehen. Entsprechend dem zuvor angesprochenen Paradoxon des Wählens hat die einzelne Stimme jedoch eine praktisch zu vernachlässigende Wahrscheinlichkeit, den Wahlausgang zu entscheiden. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, dass die Wähler ihre Einflusswahrscheinlichkeit selbst anders einschätzen. Insbesondere vor dem Hintergrund der immer stärker werdenden medialen Aufforderungen, wählen zu gehen, mit Betonung auf der Bedeutung der einzelnen Stimme, ist eine Überschätzung des individuellen Einflusses wahrscheinlich [vgl. KÜHNEL und FUCHS (2000), KAHNEMAN und TVERSKY (1979)].

Der Wirkungskanal *Bedeutung der eigenen Stimme* wird im ALLBUS indirekt über zwei verschiedene Fragestellungen abgebildet. Dabei wird zwischen der Wahlbeteiligungsnorm und dem Beteiligungsnutzen unterschieden. Entsprechend RIKER und ORDERSHOOK (1968) kann die Wahlbeteiligungsnorm als Selbstverständnis des Staatsbürgers beschrieben werden, zur Wahl zu gehen. Die Norm zielt folglich auf die demokratische Identifikation des Individuums ab, dem Verständnis, über die Mehrheit der Wähler Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger zu nehmen [vgl. KÜHNEL und FUCHS (2000)]. Sie kann unmittelbar über die Frage abgedeckt werden, ob der Befragte der Meinung ist, dass Wahlbeteiligung eine Bürgerpflicht ist. Die Angabe erfolgte in den Jahren 1998, 2008 und 2014 in Form einer Zustimmungsskala. Je höher der Wert, desto größer ist der persönliche Stellenwert einer Wahlbeteiligung.⁴

Ergänzt wird die Wahlbeteiligungsnorm durch den erwarteten persönlichen Ertrag des Individuums aus der Wahlbeteiligung, dem Beteiligungsnutzen. Dieser wird durch die Frage abgebildet, ob die Person davon ausgeht, dass die Politiker sich für die Gedanken oder Interessen der Bürger interessieren. Geht die Person davon aus, dass die eigenen Gedanken für die Entscheidungsfindung auf der politischen Ebene bedeutungslos sind,

ist es wahrscheinlich, dass das Individuum auch den Nutzen aus der Wahlbeteiligung gering einschätzt. Beide Variablen wurden in den Umfragewellen 1998, 2008 und 2014 (ISSP I Modul) erhoben.

Wie in Abbildung 2 dargestellt, stimmen die Befragten eher der Angabe zu, dass Wahlbeteiligung eine Bürgerpflicht ist, als der Aussage, dass sich die Politiker um die Gedanken ihrer Wähler kümmern. Zwischen den west- und ostdeutschen Bundesländern gibt es nur geringfügige Unterschiede. Bei der Wahlbeteiligungsnorm ist die Zustimmung über die drei betrachteten Jahre in Westdeutschland mit rd. 54 % hingegen weit höher als in Ostdeutschland mit rd. 40 %. Auffällig ist in beiden Regionen zudem die starke Zustimmung im Jahr 2008, welche insbesondere in Westdeutschland hoch ausgeprägt ist. Dabei gibt es kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern; wohl aber zwischen den verschiedenen Altersgruppen.

Die Wahlbeteiligungsnorm nimmt mit dem Alter der Befragten nahezu kontinuierlich zu. Der Beteiligungsnutzen wird hingegen in allen Altersgruppen annähernd gleich (und insgesamt eher niedrig) eingeschätzt. Auffällig ist auch die Verbindung zwischen dem Bildungsniveau und der Bedeutung der eigenen Stimme. Lediglich Personen ohne formellen Schulabschluss weichen von den anderen Bildungsstufen ab und schätzen die Wahlbeteiligungsnorm geringer ein als Personen mit Abschluss. Anders verhält es sich beim Beteiligungsnutzen, bei dem das Bildungsniveau negativ mit dem Nutzen einhergeht. Je höher der Grad des Bildungsabschlusses ist, desto eher geht der Befragte davon aus, dass die Politiker sich nicht für die eigenen Gedanken interessieren.

Abschließend ist der Blick auf die Einschätzung der eigenen Stimme und die Wahlbeteiligung interessant (vgl. Abb. 3). Innerhalb des Datensatzes wird erfragt, ob die jeweilige Person bei der letzten Bundestagswahl 2013 wählen war oder nicht.⁵ Je stärker die Person die Wahlbeteiligung als Bürgerpflicht versteht, desto eher geht sie zur Wahl. Dieser Unterschied ist mit einer Wahlbeteiligung seitens Personen, welche die Aussage vollständig ablehnen i. H. v. 67 % bzw. 59 % (West- bzw. Ostdeutschland) gegenüber Personen, welcher der Aussage vollständig zustimmen i. H. v. 95 % bzw. 93 % eindeutig. Dies bestätigt die zu Beginn getroffene Vermutung. Der Blick auf den Beteiligungsnutzen ergibt jedoch ein anderes Bild. Eine hohe Wahlbeteiligung zeigen vor allem die Gruppen, welche die Aussage ablehnen, dass sich die Politiker um die Gedanken der Individuen kümmern.

Politische Informiertheit und Entscheidungskosten

Eine weitere wichtige Einflussgröße auf die Entscheidung zur Wahl zu gehen, bildet die politische Informiertheit der

Bürger. So argumentiert JOHANN (2009), dass Wahlberechtigte mit einem bereits hohen politischen Wissen zusätzliche Informationen leichter aufnehmen und bewerten können. Durch eine hohe politische Informiertheit kann eine differenzierte Betrachtung der Parteien einfacher vorgenommen werden. Die Entscheidungskosten sinken und die Vorteile des Wählens bewegen ein Individuum mit einer höheren Wahrscheinlichkeit zu einer Stimmabgabe [vgl. JOHANN (2009)]. Eine Reihe von empirischen Arbeiten widmet sich im Wahlkontext der Aufgabenstellung, einen Informiertheitsindex zum politischen Grundwissen der Individuen zu ermitteln. Der Index soll belegen, dass die Informiertheit einen positiven Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat [vgl. u. a. JOHANN (2009), LEVENDUSKY (2011), NORDIN (2014)].

Innerhalb des ALLBUS-Datensatzes werden verschiedene Fragestellungen erhoben, die eine Differenzierung hinsichtlich der politischen Informiertheit der Befragten erlauben. Als einen ersten wichtigen Indikator für diesen Wirkungskanal wird im Folgenden das Interesse für politische Themenbereiche betrachtet. Hierbei wird angenommen, dass mit dem Interesse eines Individuums auch sein Informationsstand zum betrachteten Themenfeld steigt. Im Datensatz werden die befragten Personen gebeten, eine Einschätzung hinsichtlich ihres politischen Interesses auf einer fünfstufigen Skala von „sehr stark“ bis „überhaupt nicht“ abzugeben.

Die Ergebnisse für Ost- und Westdeutschland können Abbildung 4 entnommen werden, wobei für beide Landeshälften sehr ähnliche Ergebnisse zu erkennen sind. Für Gesamtdeutschland zeigt sich, dass ein großer Teil der Befragten, mit rd. 40 %, ihr politisches Interesse der mittleren Einstufung zuordnet. Ein starkes Interesse für den politischen Bereich gibt immerhin rund ein Viertel der Befragten an. Unterschiede hinsichtlich des politischen Interesses zeigen sich hingegen bei einer zeitlichen Betrachtung. So schätzen zunehmend mehr Personen mit jedem Erhebungsjahr (1998, 2008, 2012 und 2014) ihr politisches Interesse als „sehr stark“ ein.

Weiterhin ist in Abbildung 4 das politische Interesse in Abhängigkeit demographischer Aspekte, wie dem Geschlecht und dem Alter, sowie des Bildungsniveaus dargestellt. Insgesamt zeigt sich für Ost- und Westdeutschland, dass das politische Interesse bei Männern stärker als bei Frauen ausgeprägt ist. Ein gesteigertes Politikinteresse der Frauen kann für das Jahr 2014 gegenüber den vorherigen Befragungswellen 1998 oder 2008 zudem nicht festgestellt werden. In Hinblick auf das Bildungsniveau treten für Ost- und Westdeutschland die erwarteten Ergebnisse auf: Mit steigendem Bildungsabschluss steigt das Interesse für politische Themen deutlich an.

Zusätzlich zum Politikinteresse bilden die Entscheidungskosten einen wesentlichen Indikator für die politi-

Abbildung 2: Bedeutung der eigenen Stimme

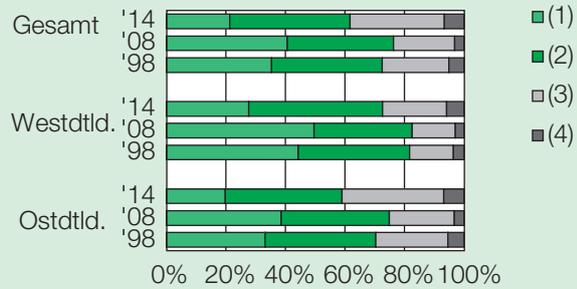
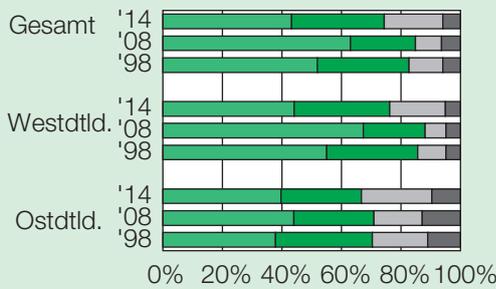
Wahlbeteiligungsnorm^a

Wahlbeteiligung ist Bürgerpflicht

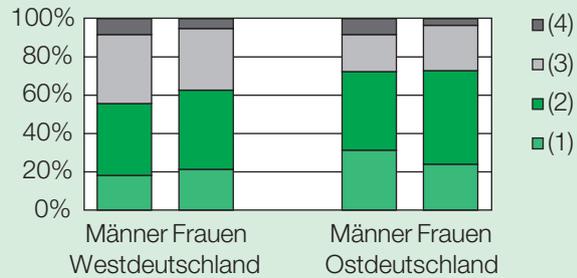
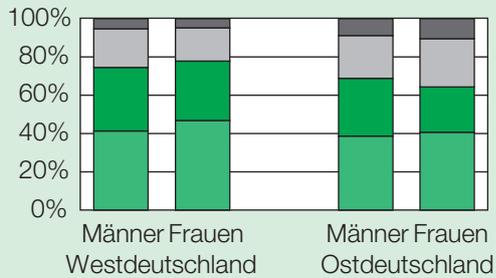
Beteiligungsnutzen^a

Politiker kümmern sich um meine Gedanken

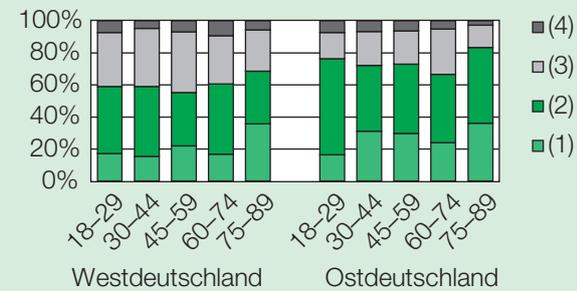
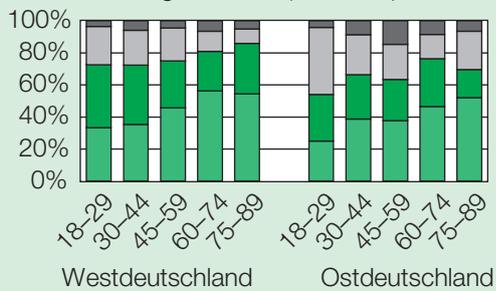
West- und Ostdeutschland 1998, 2008, 2014



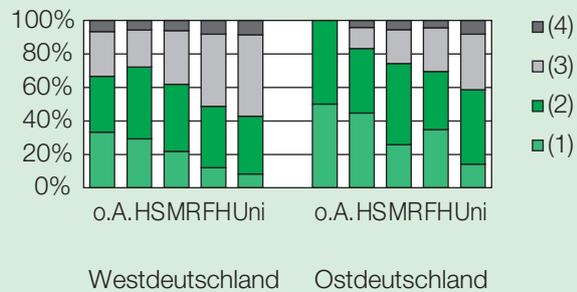
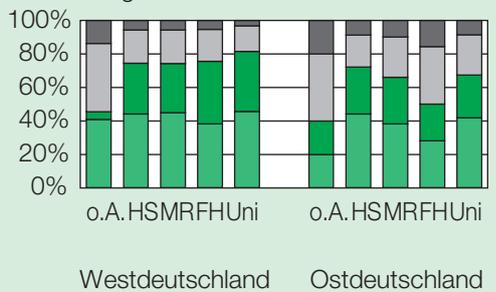
Nach Geschlecht 2014



Nach Alterskategorie 2014 (in Jahren)



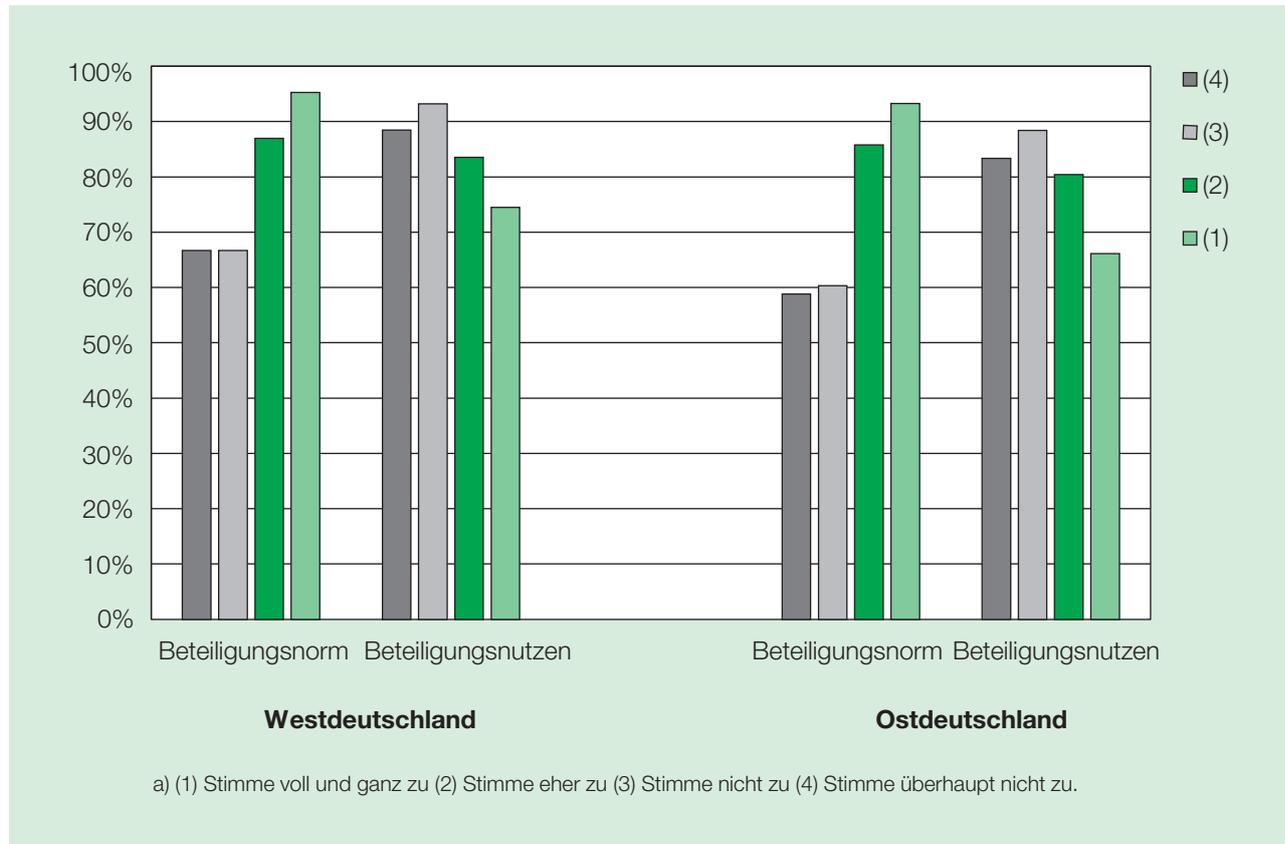
Nach Bildungsniveau^b 2014



a) (1) Stimme voll und ganz zu (2) Stimme eher zu (3) Stimme nicht zu (4) Stimme überhaupt nicht zu –
 b) o. A. = ohne Abschluss, HS = Hauptschulabschluss, MR = Mittlere Reife, FH = Fachhochschulreife, Uni = Hochschulreife.

Quellen: ALLBUS (2012, 2014a), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 3: Bedeutung der eigenen Stimme^a und Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl 2013 für Ost- und Westdeutschland⁶



Quellen: ALLBUS (2014a), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

sche Informiertheit der Wahlberechtigten. Entscheidungskosten beschreiben in diesem Zusammenhang jene Kosten, welche ein Individuum aufwenden muss, um eine Wahlentscheidung treffen zu können. Fällt es dem Wähler leicht, sich über seine persönlichen, unterschiedlichen Einschätzungen zu Kompetenzen und Politiken der Parteien oder Kandidaten bewusst zu werden, wird es ihm einfacher fallen, eine Wahlentscheidung zu treffen, d. h. sein zusätzlicher Aufwand der Informationsbeschaffung ist gering. Niedrige Entscheidungskosten implizieren in diesem Zusammenhang eine hohe politische Informiertheit [vgl. JOHANN (2009)].

Für die folgenden Auswertungen werden die Kosten der Wahlentscheidung anhand der Aussage „Ich weiß über die wichtigen politischen Themen in Deutschland ziemlich gut Bescheid.“ gemessen (ISSP II Modul). Die volle Zustimmung eines Umfrageteilnehmers zu dieser Behauptung lässt in diesem Sinne auf geringe Entscheidungskosten der Wahlentscheidung schließen. In Abbildung 4 wird gezeigt, dass knapp 50% der Befragten (Gesamtdeutschland) der Aussage zustimmen und damit die Entscheidungskosten als gering einschätzen. Die Aufschlüsselung der Entscheidungskosten nach demo-

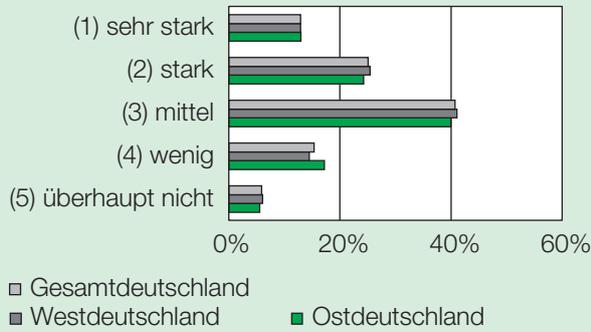
graphischen Aspekten verdeutlicht wiederum, dass Männer häufiger angeben, politisch informiert zu sein, als Frauen und dass das Wissen über wichtige politische Themen über die Altersgruppen bis 74 Jahre zunimmt. Des Weiteren kann ein positiver Einfluss des Bildungsniveaus auch für diesen Indikator bestätigt werden.

Abschließend sind in Abbildung 5 beide Indikatoren für die politische Informiertheit den Angaben zur Wahlbeteiligung gegenübergestellt. Für das politische Interesse zeigt sich, dass Bürger mit einem höheren Politikinteresse häufiger an Wahlen teilnehmen. Auffällig ist, dass Befragte in Ostdeutschland relativ häufiger angeben, ein sehr starkes Politikinteresse aufzuweisen und sich dennoch gegen eine Wahlbeteiligung entscheiden als westdeutsche Befragte. Dieses Ergebnis spiegelt sich ebenfalls bei den Entscheidungskosten wider. In Ostdeutschland stimmen mehr Wahlbeteiligte der Aussage voll zu, über politische Themen informiert zu sein, obwohl diese Einschätzung seltener auch zu einer Wahlbeteiligung führt. Insgesamt verdeutlichen jedoch beide Abbildungen den erwarteten positiven Zusammenhang zwischen der politischen Informiertheit und der Wahlbeteiligung der Befragten.

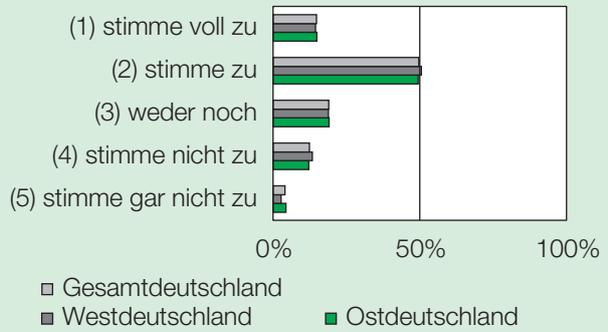
Abbildung 4: Politische Informiertheit in Ost- und Westdeutschland (2014)

Politisches Interesse

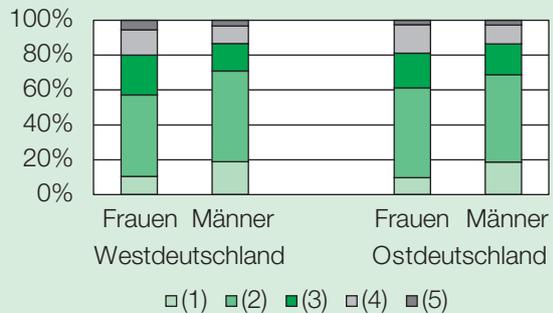
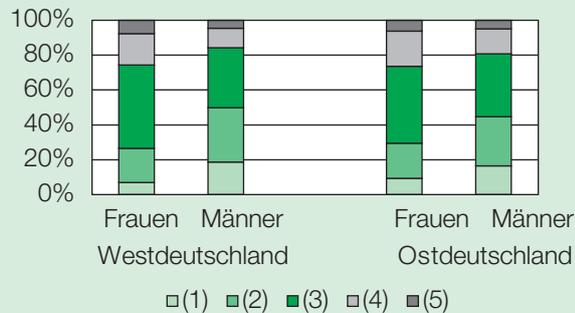
West- und Ostdeutschland



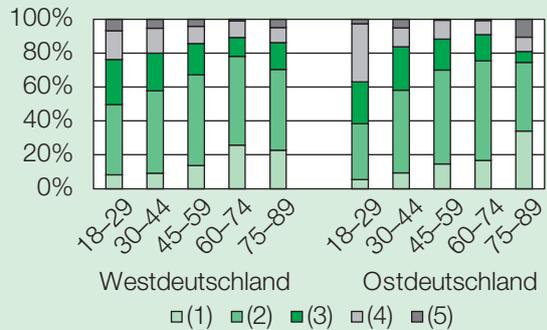
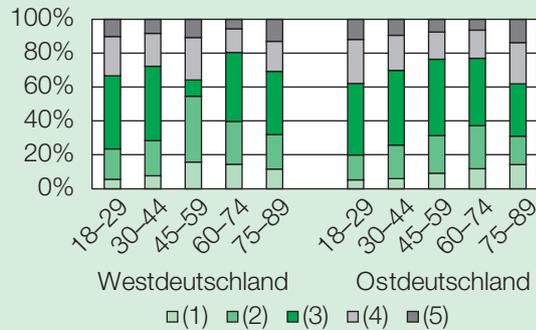
Entscheidungskosten gemäß der Aussage „Ich weiß über die wichtigen politischen Themen in Deutschland ziemlich gut Bescheid“



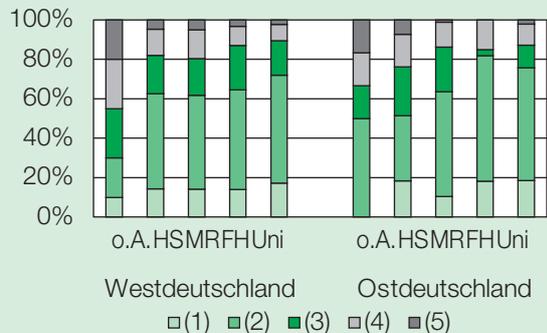
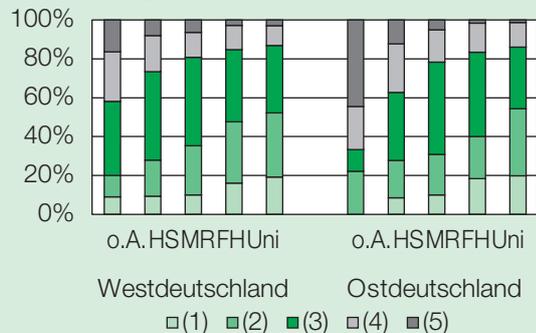
Nach Geschlecht



Nach Alterskategorie (in Jahren)



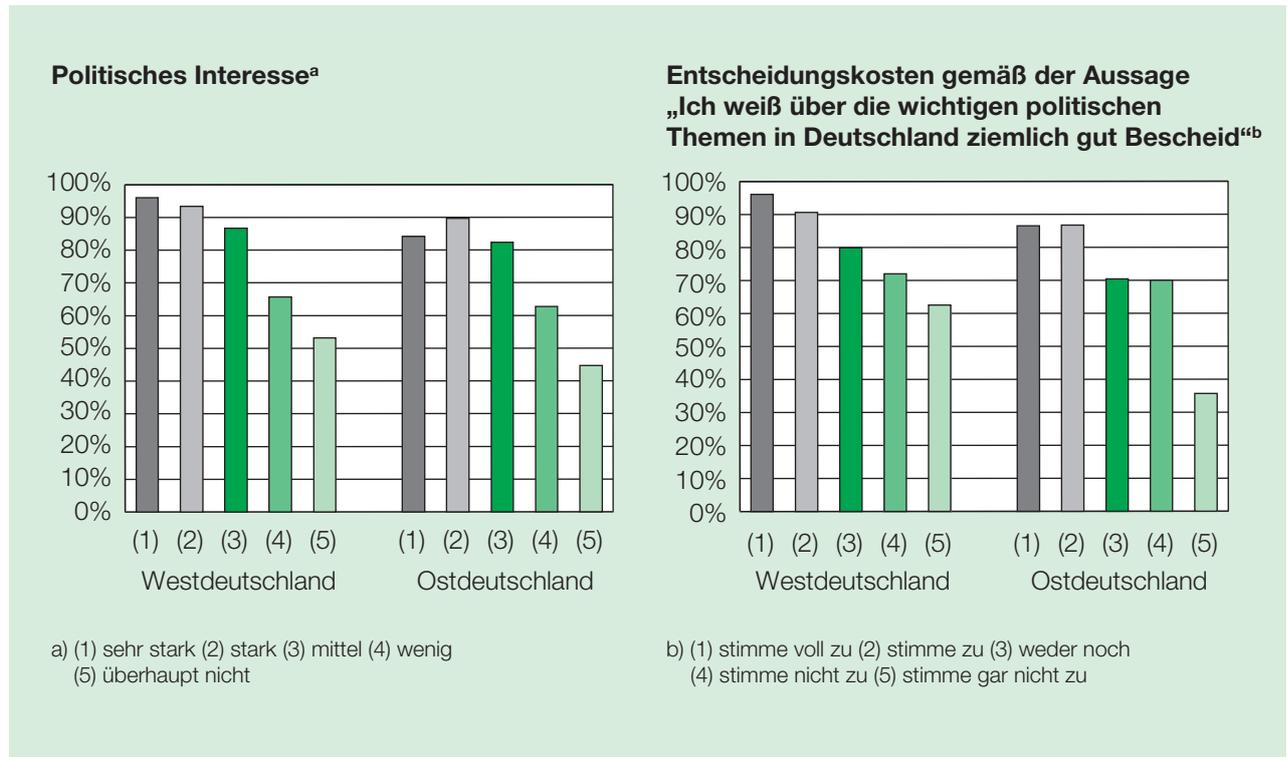
Nach Bildungsniveau^a



a) o. A. = ohne Abschluss, HS = Hauptschulabschluss, MR = Mittlere Reife, FH = Fachhochschulreife, Uni = Hochschulreife.

Quellen: ALLBUS (2014a), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 5: Politische Informiertheit und Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 für Ost- und Westdeutschland



Quellen: ALLBUS (2014a), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Politisches Engagement

Entsprechend HUNTINGTON und NELSON (1976) beschreibt der Begriff des politischen Engagements das Bestreben von Privatpersonen, die eigene Meinung öffentlich zu vertreten und im Idealfall den Entscheidungsprozess der Regierung zu beeinflussen. VERBA et al. (1995) erweitern diese Auslegung um zwei weitere Aspekte. Sie unterscheiden zwischen der direkten Einflussnahme, durch Einwirkung auf politische Prozesse, und der indirekten Anteilnahme, durch die Wahl der Personen, welche die Politik umsetzen. Annahmegemäß beeinflussen sich beide Bereiche des politischen Engagements. Übt ein Individuum ein politisches Engagement aus, liegt die Vermutung nahe, dass es sich u. a. aufgrund eines größeren Interesses und der höheren Informiertheit eher am Wahlprozess beteiligt.

Der Wirkungskanal *Politisches Engagement* wird im Folgenden durch drei Variablen repräsentiert. Dabei wird unterschieden zwischen dem Engagement im Rahmen eines ausgewählten politischen Themas und der prinzipiellen politischen Tätigkeit. Ersteres wird durch zwei Variablen abgedeckt. Die Teilnehmer des ISSP Modul I wurden gefragt, ob sie bereits an einer Demonstration und/oder Unterschriftensammlung teilgenommen haben. Bei-

de Aktivitäten zeigen folglich das Engagement im Rahmen eines ausgewählten politischen Themas auf. Abbildung 6 zeigt, dass zwischen den ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern merkliche Unterschiede bei der Partizipation in Form von Demonstrationen und Unterschriftensammlungen bestehen. Während in Ostdeutschland 20 % (63 %) der Befragten schon an einer Demonstration (Unterschriftensammlung) teilgenommen haben, sind es in Westdeutschland lediglich 14 % (60 %).⁷

Das prinzipielle politische Engagement wird demgegenüber durch die Fragestellung abgebildet, ob der Befragte Mitglied einer politischen Partei ist. Die Variable wurde in den Jahren 1998, 2008, 2012 und 2014 von allen Teilnehmern beantwortet. In der Abbildung 6 wird deutlich, dass die Anzahl an Personen, welche in einer Partei aktiv sind, im genannten Zeitraum gestiegen ist.⁸ Diese Entwicklung wird insbesondere durch den starken Anstieg in den westdeutschen Bundesländern getrieben. Die in den ostdeutschen Ländern zwar ebenfalls feststellbare Steigerung fällt wesentlich geringer aus.

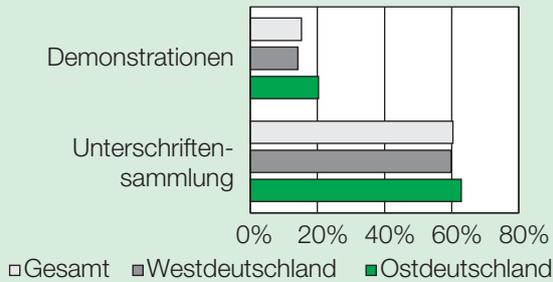
Lohnenswert ist ein zusätzlicher Blick auf das politische Engagement bezüglich Alter, Geschlecht und Bildungsniveau der Individuen. Dabei fallen besonders die Unterschiede zwischen den beiden Bereichen des politischen Engagements ins Auge, welche in Abbildung 6

Abbildung 6: Politisches Engagement in Ost- und Westdeutschland, 2014 (Ausnahme gekennzeichnet)

Ausgewähltes politisches Thema

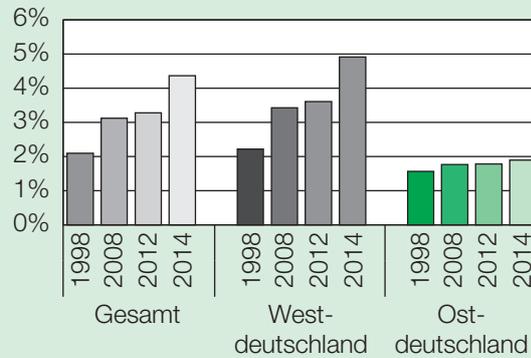
Demonstrationen und Unterschriftensammlung^a

West- und Ostdeutschland 1998, 2008, 2012, 2014

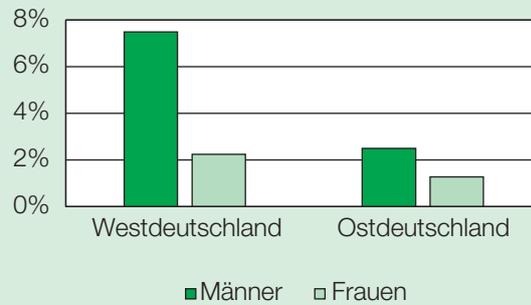
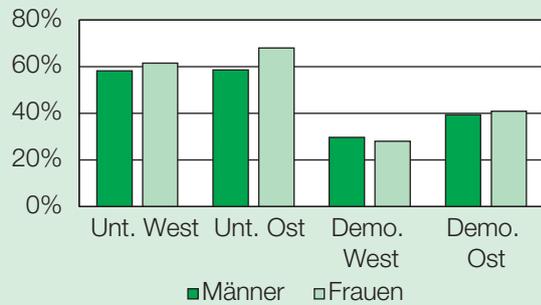


Allgemeines politisches^a Engagement

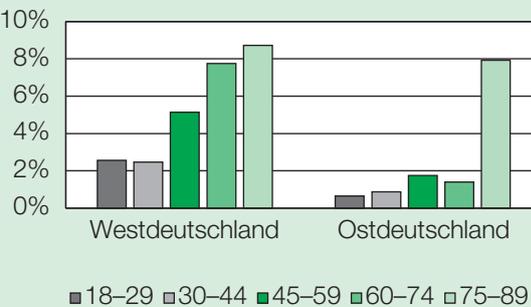
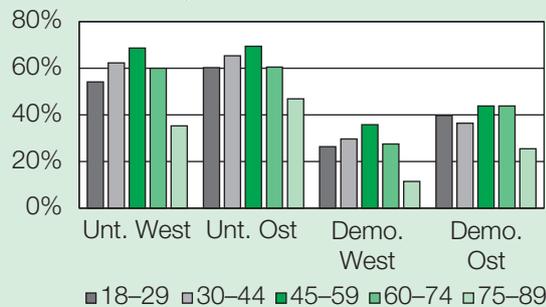
Mitglied einer politischen Partei



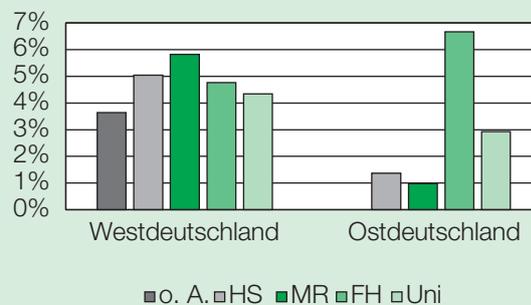
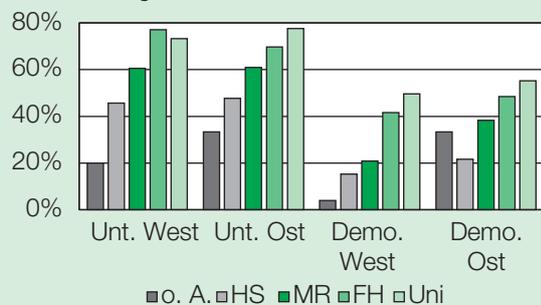
Nach Geschlecht



Nach Alterskategorie (in Jahren)



Nach Bildungsniveau^b



a) Unt. = Unterschriftensammlung, Demo. = Demonstration, West = Westdeutschland, Ost = Ostdeutschland
 b) o. A. = ohne Abschluss, HS = Hauptschulabschluss, MR = Mittlere Reife, FH = Fachhochschulreife, Uni = Hochschulreife.

Quellen: ALLBUS (2012, 2014a), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

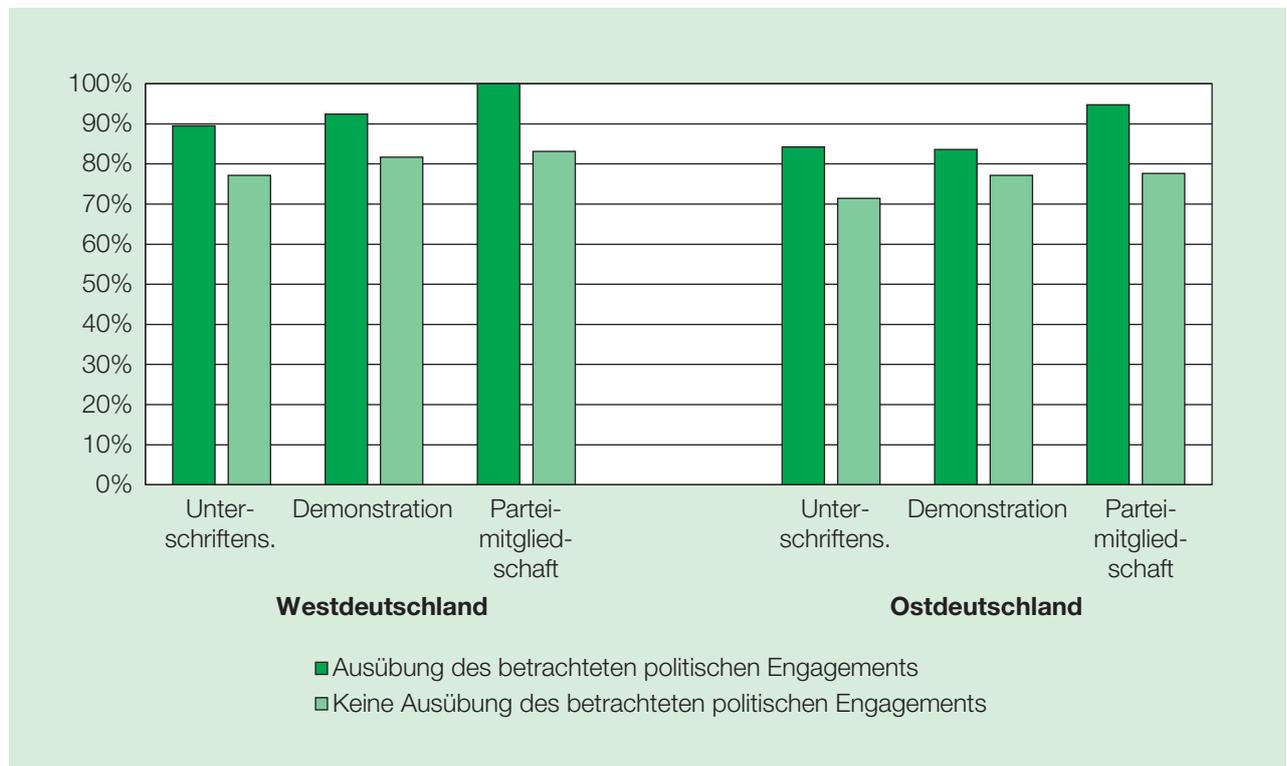
gegenübergestellt sind. Während bei Aktionen für ausgewählte politische Fragestellungen das Verhältnis von Männern und Frauen annähernd ausgeglichen ist, zeigen sich starke Unterschiede bei der Parteizugehörigkeit. In den ost- und westdeutschen Bundesländern sind, entsprechend der Bevölkerungsumfrage, Männer häufiger in der Politik tätig als Frauen. Dies geht mit dem zuvor beschriebenen stärkeren politischen Interesse von Männern konform. In Westdeutschland ist dieser Zusammenhang zudem stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland.

Auch beim Alter sind Unterschiede zwischen beiden Bereichen des politischen Engagements erkennbar. Die Teilnahme an Demonstrationen und Unterschriftensammlungen nimmt mit dem Alter zunächst zu, erreicht in der Alterskategorie 45 bis 49 Jahre ihren Höhepunkt und nimmt dann bis zum Alter von 89 Jahren wieder ab. Ausnahme bildet lediglich die Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen in Ostdeutschland, welche sich verhältnismäßig stark an Demonstrationen beteiligen. Bei der Frage nach Parteimitgliedschaften ergibt sich dagegen ein anderes Bild. Während sich in Westdeutschland ein Anstieg der Parteizugehörigkeit mit dem Alter abzeichnet, ist dieser Zusammenhang für die ostdeutschen Bundesländer nur mäßig gegeben. Dort ist es vor allem die Gruppe der 75- bis 89-Jährigen, die Mitglied in einer politischen Partei sind.

Ein eindeutiger Zusammenhang ergibt sich bei der Darstellung des spezifischen politischen Engagements und dem Bildungsniveau der Befragten. Je höher der Bildungsabschluss des Individuums ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Befragte bereits an einer Demonstration oder Unterschriftensammlung teilgenommen hat. Dieser klare Zusammenhang ist durch eine Reihe wissenschaftlicher Studien, darunter SHIELDS und GOIDEL (1997) sowie HILLYGUS (2005), bestätigt. Für die Parteimitgliedschaft ist das Verhältnis jedoch abermals nicht eindeutig.

Abschließend sind in Abbildung 7 die drei genannten Fragestellungen zum politischen Engagement im Vergleich zur angegebenen Wahlbeteiligung abgetragen. Die Umfragewerte zeigen, dass Befragte, welche sich politisch engagieren, eine höhere Wahlbeteiligung aufweisen als Personen, die nicht politisch tätig sind. Dies bestätigt die Vermutung, dass die Ausübung eines politischen Engagements die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung erhöht. Die Gegenüberstellung zeigt, dass dieser positive Zusammenhang für Westdeutschland etwas stärker ausgeprägt ist als für Ostdeutschland. Während die Teilnahme an Unterschriftensammlungen und Demonstrationen einen ähnlichen Effekt zu haben scheint, zeigt der Vergleich der drei Engagements, dass die Parteimitgliedschaft den stärksten Einfluss auf den Gang zur Wahlurne hat.

Abbildung 7: Politisches Engagement und Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl 2013 für Ost- und Westdeutschland⁹



Quellen: ALLBUS (2014a), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Ehrenamtliches Engagement

Unter einem Ehrenamt wird zumeist eine am Gemeinwohl orientierte, unbezahlte, selbst- oder mitbestimmte Aktivität in einer entsprechenden Organisation verstanden. Anders als beim zuvor vorgestellten Wirkungskanal liegt der Fokus der ehrenamtlichen Tätigkeit zumeist nicht auf einer politischen Thematik. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass sich Personen, welche gemeinnützig tätig sind, u. a. aufgrund der höheren sozialen Verpflichtung und/oder der besseren Informiertheit, eher am Wahlprozess beteiligen.

Der Wirkungskanal *Ehrenamtliches Engagement* kann im Rahmen des ALLBUS-Datensatzes unmittelbar durch die Frage nach ehrenamtlichen Tätigkeiten der Befragten abgedeckt werden. Während im Jahr 1998 und 2012 die Individuen direkt nach ehrenamtlichen Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten gefragt wurden, erfolgt die Frage bei der Erhebung 2014 indirekt. Die Befragten können lediglich bei der Angabe von Vereinsmitgliedschaften angeben, ob sie dort ehrenamtlich tätig sind. Die möglichen Vereine wurden breit gefasst und beinhalten u. a. Sport-, Wohltätigkeits-, Eltern- und Seniorenvereine. Aufgrund dieser Tatsache ist ein Vergleich zwischen den drei genannten Zeitpunkten nicht möglich.

Die Gegenüberstellung der Antworten des Jahres 1998 und 2012 zeigt jedoch, dass der Anteil der Personen, die sich ehrenamtlich engagieren, stark gestiegen ist. Beantworteten im Jahr 1998 26 % der Individuen die Frage nach ehrenamtlichen Tätigkeiten positiv, waren es im Jahr 2012 bereits 43 %. Da die Personen jedoch keine Angabe zur Art des Engagements gaben und nicht entsprechend der

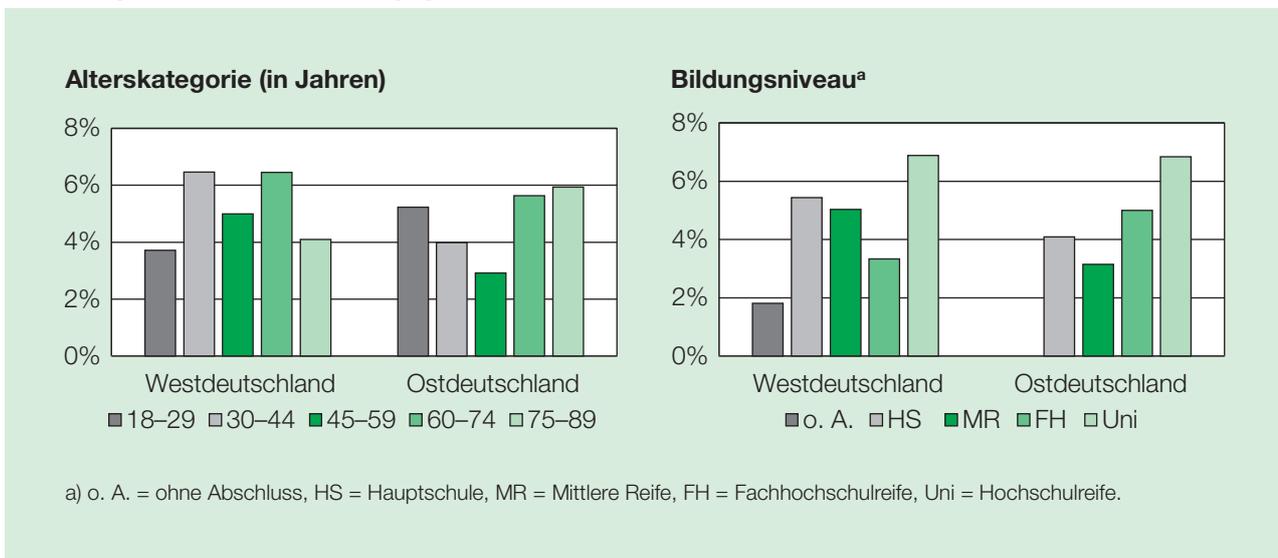
Regelmäßigkeit der Tätigkeit (täglich, wöchentlich, monatlich, seltener) differenziert wurde, kann davon ausgegangen werden, dass die angegebenen Größen den tatsächlichen Anteil eher überschätzen. Für das Jahr 2014 ist, aufgrund zuvor genannter Problematik, eher eine Unterschätzung zu erwarten. Die Auswertung bestätigt diese Vermutung. Demnach führten im Jahr 2014 lediglich 5 % der Befragten eine ehrenamtliche Tätigkeit aus. Bei der folgenden Interpretation des Jahres 2014 sollte dieser Umstand berücksichtigt werden.¹⁰

Der Vergleich der Antworten von Befragten aus den westdeutschen und ostdeutschen Bundesländern zeigt, dass ein etwas größerer Anteil von Personen aus Westdeutschland eine ehrenamtliche Tätigkeit ausübt. Gehen in Ostdeutschland lediglich 4,4 % der Befragten der zusätzlichen Aktivität nach, sind es in Westdeutschland 5,4 %. Der Anteil von Männern und Frauen unterscheidet sich dabei in beiden Regionen nur geringfügig.

Abbildung 8 zeigt, dass die ehrenamtliche Tätigkeit stark mit dem Alter des Befragten variiert. Während in Westdeutschland vornehmlich die Gruppe der 30- bis 75-Jährigen einem ehrenamtlichen Engagement nachgeht, sind es in Ostdeutschland vor allem die 18- bis 29- sowie 75- bis 89-Jährigen. Interessant ist zudem ein Blick auf den Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und ehrenamtlicher Tätigkeit, welcher ebenfalls in Abbildung 8 dargestellt ist. Die zuvor beim politischen Engagement gezeigte positive Korrelation zwischen beiden Variablen ist nicht mehr eindeutig.

Deutlich ist demgegenüber der Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und dem ehrenamtlichen Engagement (vgl. Abb. 9). Von allen Personen, welche in

Abbildung 8: Ehrenamtliches Engagement



Quellen: ALLBUS (2014a), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

der Umfrageangaben, ehrenamtlich aktiv zu sein, sagten 90 % sowohl in West- als auch in Ostdeutschland, dass sie sich an der Wahl beteiligt haben. Bei den Personen, die berichteten, keiner zusätzlichen Aktivität nachzugehen, liegt die Wahlbeteiligung dem gegenüber bei 84 % in West- und 77 % in Ostdeutschland.

Fazit

Im vorliegenden Beitrag wurden ausgewählte Beweggründe für die politische Partizipation in Form der Wahlbeteiligung für Ost- und Westdeutschland gegenübergestellt. Die Auswertungen legen allgemein nahe, dass die politische Teilhabe ein bedeutendes Thema bei den Umfrageteilnehmern darstellt und zunehmend mehr Befragte ein sehr starkes Interesse für politische Themenbereiche aufweisen. Für beide Landeshälften zeigen sich gleichzeitig leichte Unterschiede in den untersuchten Wirkungskanälen, wobei diese vornehmlich auf den verschiedenen Einflussereignissen der Befragten beruhen.

Die differenzierte Betrachtung der Bedeutung der eigenen Stimme legt offen, dass Individuen, die wählen gehen, eine hohe persönliche Wahlbeteiligungsnorm besitzen. Dabei gehen sie jedoch nicht zwingend davon aus, dass die Politiker sich für die Gedanken der Individuen interessieren. Diese Unzufriedenheit tritt besonders bei

Umfrageteilnehmern aus Ostdeutschland auf. Die geringen Einflussereignissen gehen zudem mit den Auswertungen zum politischen Interesse der Befragten sowie dem Ausüben eines politischen und ehrenamtlichen Engagements konform. Wahlberechtigte in den ostdeutschen Bundesländern bestätigen häufiger die Aussage, über politische Themen informiert zu sein, gleichwohl diese Einschätzung seltener zu einer positiven Wahlentscheidung führt. Zudem gibt ein geringerer Anteil der Befragten aus Ostdeutschland an, sich allgemein politisch zu engagieren und Mitglied in einer Partei zu sein. Die Analyse zeigt, dass ein geringes politisches Engagement einen negativen Einfluss auf die Wahlbeteiligung ausübt. Diese Ergebnisse spiegeln sich in den Auswertungen zum ehrenamtlichen Engagement wider.

Insgesamt können mit den Auswertungen zum ALLBUS-Datensatz jedoch nur mäßige Unterschiede hinsichtlich der Partizipationsmotive zwischen den ost- und westdeutschen Bundesländern festgestellt werden. Eine umfassende Ursachenbetrachtung der deutlich niedrigeren Wahlbeteiligung in Ostdeutschland bedarf daher weiterer Analysen mit differenzierteren Betrachtungsperspektiven. Weitere Informationen können zudem durch die Anwendung eines multivariaten Verfahrens gewonnen werden, welche den Einfluss der einzelnen Wirkungskanäle simultan auf die Wahlbeteiligung prüft. Insbesondere Untersuchungen zur Einschätzung der Bedeutung

Abbildung 9: Ehrenamtliches Engagement und Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl 2013 für Ost- und Westdeutschland¹¹



Quellen: ALLBUS (2014a), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

der eigenen Stimme und den damit verbundenen Einflussereignissen auf die Politik könnten einen aufschlussreichen Anhaltspunkt bieten.

Literatur

- ALLBUS (Hrsg.) (2012): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2012, hrsg. vom GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, GESIS Datenarchiv, Köln, ZA4614 Datenfile Version 1.1.1, doi:10.4232/1.11753.
- ALLBUS (Hrsg.) (2014a): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2014, hrsg. vom GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, GESIS Datenarchiv, Köln, ZA5240 Datenfile Version 2.1.0, doi:10.4232/1.12288.
- ALLBUS (Hrsg.) (2014b): ALLBUS 1980–2012 – Variable Report, Gesis Datenarchiv für Sozialwissenschaften, Köln.
- BECKER, R. (2005): Political Efficacy und Wahlbeteiligung in Ost- und Westdeutschland, *Swiss Political Science Review* 11 (1), S. 57–86.
- BONAPARTE, Y. und A. KUMAR (2013): Political Activism, Information Costs, and Stock Market Participation, *Journal of Financial Economics*, Vol. 107, 3, S. 760–786.
- DELLAVIGNA, S. und E. KAPLAN (2007): The Fox News Effect: Media Bias and Voting, *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 122, S. 1.187–1.234.
- DER BUNDESWAHLLLEITER (Hrsg.) (2015): Endgültiges Ergebnis der Erst- und Zweitstimmen nach Wahlkreisen bei den Bundestagswahlen 2013 und 2009, http://www.bundestwahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/veroeffentlichungen/ergebnisse/index.html, abgerufen am 14.08.2015.
- DOWNES, A. (1957): An Economic Theory of Political Action in a Democracy, *Journal of Political Economy*, Vol. 65, No. 2, S. 135–150.
- GERBER, A. S.; GREEN, D. P. und C. W. LARIMER (2008): Social Pressure and Voter Turnout: Evidence from a Large-Scale Field Experiment, *The American Political Science Review*, Vol. 102.1, S. 33–48.
- HOOGHE, M. und R. DASSONNEVILLE (2011): The Effects of Civic Education on Political Knowledge. A Two Year Panel Survey among Belgian Adolescents, *Educational Assessment, Evaluation and Accountability*, 23, S. 321–339.
- HUNTINGTON, S. P. und J. M. NELSON (1976): *No Easy Choice: Political Participation in Developing Countries*, Harvard University Press.
- HYLLIGUS, D. S. (2005): The Missing Link: Exploring the Relationship Between Higher Education and Political, *Political Behavior*, Vol. 27, 1, S. 25–47.
- JOHANN, D. (2009): Eine Betrachtung der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005 auf Basis von Rational-Choice-Konzepten, Springer-Verlag.
- KAM, C. D. und C. L. PALMER (2008): Reconsidering the Effects of Education on Political Participation, *The Journal of Politics*, Vol. 70, No. 3, S. 612–631.
- KAHNEMAN, D. und A. TVERSKY (1979): Prospect Theory: An Analysis of Decision under Risk, *Econometrica*, The Econometric Society, Vol. 47, No. 2, S. 263–292.
- KÜHNEL, S. M. und D. FUCHS (1994): Nichtwählen als rationales Handeln: Anmerkungen zum Nutzen des Rational-Choice-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung II, In: *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994*, Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Vol. 85, S. 317–356.
- KÜHNEL, S. und D. FUCHS (2000): Instrumentelles oder expressives Wählen? Zur Bedeutung des Rational-Choice-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung, *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 340–360.
- LACY, D. und M. S. NIOU (2012): Information and Heterogeneity in Issue Voting: Evidence from the 2008 Presidential Election in Taiwan, *Journal of East Asian Studies*, Vol. 12, No. 1, S. 119–141.
- LEVENDUSKY, M. S. (2011): Rethinking the Role of Political Information, *Public Opinion Quarterly*, 75 (1), S. 42–64.
- LOCHNER, L. (2010): Non-Production Benefits of Education: Crime, Health, and Good Citizenship, NBER Working Paper Series, No. 16722.
- MATLAND, R. E. und G. R. MURRAY (2015): I Only Have Eyes for You: Does Implicit Social Pressure Increase Voter Turnout? *Political Psychology*.
- MARTHENS, A. M. und J. GAINOUS (2013): Civic Education and Democratic Capacity: How Do Teachers Teach and What Works?, *Social Science Quarterly*, Vol. 94, S. 956–976.
- NIEDERMAYER, O. (2015): *Parteimitglieder in Deutschland*, Version 2015, Berlin, 2015.
- NORDIN, M. (2014): Do Voters Vote in Line with their Policy Preferences? – The Role of Information, *CESifo Economic Studies*.
- RIKER, W. H. und P. C. ORDESHOOK (1968): A Theory of the Calculus of Voting, *American Political Science Review*, Vol. 62, S. 25–42.
- SCHÄFER, A. (2009): Alles halb so schlimm? Warum eine sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Forschungsbericht 2009 des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung.
- SHIELDS, T. G. und R. K. GOIDEL (1997): Participation Rates, Socioeconomic Class Biases, and Congressional Elections: A Cross-Validation, 1958–1994, *American Journal of Political Science*, Vol. 41, S. 683–691.

VERBA, S.; K. L. SCHLOZMAN und H. BRADY (1995): *Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics*, Harvard University Press.

¹ Gleichermaßen dient aber auch der Verzicht auf die Stimmenabgabe oftmals als Argument für die politische Zufriedenheit, wobei unterstellt wird, dass für die Bürger keine Notwendigkeit bestünde, durch ihre Stimmenabgabe einen Einfluss auf das Politikgeschehen zu nehmen [vgl. SCHÄFER (2009)].

² Die genannten Zeitpunkte wurden ausgewählt, um einen möglichst umfassenden Bereich an thematisch relevanten Fragen über einen angemessenen Zeitraum abzudecken.

³ Die Differenz ergibt sich aus 35 Personen, die an keiner der ISSP-Umfragen teilnahmen.

⁴ Aufgrund ungleicher Abstufungen der Skalen bei den Umfragewellen 1998/2008 und 2014 wurden die Antworten des Jahres 2014 der vierstufen Skala der früheren Wellen angepasst.

⁵ Die Auswertungen umfassen ausschließlich Personen, die zur Bundestagswahl 2013 wahlberechtigt waren. Außerdem sei darauf hingewiesen, dass die in den Umfragedaten berichtete Wahlbeteiligung oftmals höher liegt als die tatsächliche Wahlbeteiligung [vgl. JOHANN (2009)]. Die Zusammenhänge zwischen den betrachteten Wirkungskanälen und der Wahlbeteiligung könnten demnach überschätzt werden. Eine Ursache für die möglichen Unterschiede lässt sich in der sozialen Erwünschtheit der Stimmenabgabe vermuten.

⁶ Zum Vergleich: Der Anteil der Personen, welche der Aussage zur Beteiligungsnorm (Beteiligungsnutzen) vollständig zustimmen, aber nicht zur Wahl gehen, liegt bei 3 % (23 %) für Westdeutschland bzw. 6 % (34 %) für Ostdeutschland. Dem gegenüber liegt der Anteil der Personen, welche die Aussage ablehnen und nicht wählen gehen bei 33 % (8 %) in den westdeutschen Bundesländern bzw. bei 41 % (17 %) in den ostdeutschen Bundesländern. Der Anteil der Befragten, die keine Angabe zur Wahlbeteiligung tätigten, nimmt jeweils einen geringen Wert an.

⁷ Bei der Interpretation muss berücksichtigt werden, dass der Zeitpunkt der Teilnahme nicht erhoben wird.

⁸ An dieser Stelle sei darauf verwiesen, dass der ALLBUS-Datensatz bei dieser Frage vom tatsächlichen Durchschnitt abweicht. Entsprechend NIEDERMAYER (2015) verlieren die großen Parteien seit 1990 kontinuierlich an Mitgliedern. Die Anzahl der Mitglieder scheint ebenfalls überschätzt, da im Jahr 2013 lediglich 1,8 % der Parteibeitrittsberechtigten in einer Partei aktiv waren [vgl. NIEDERMAYER (2015)]. Da im Gegensatz zum ALLBUS-Datensatz lediglich die großen Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, LINKE und AfD) erfasst wurden, kann ein Anteil der Differenz ggf. durch die abweichende Parteidefinition erklärt werden. NIEDERMAYER (2015) bestätigt die Schlussfolgerung, dass im Durchschnitt weniger Personen aus den ostdeutschen Bundesländern sowie Frauen Mitglied in einer Partei sind. Der Vergleich verdeutlicht allerdings, dass die Ergebnisse unter Vorbehalt interpretiert werden sollten.

⁹ Zum Vergleich: Der Anteil der Umfrageteilnehmer, die sich an Unterschriftensammlungen (Demonstrationen, Parteien) beteiligen, aber nicht wählen, liegt in West bzw. Ostdeutschland bei 9 % (7 %, 0 %) bzw. 15 % (16 %, 5 %). Dem gegenüber liegt der Anteil an Personen, die sich nicht beteiligen und nicht zur Wahl gehen, bei 21 % (17 %, 15 %) bzw. 28 % (22 %, 21 %). Die ausstehende Differenz ergibt sich aus der Gruppe der Wahlberechtigten die keine Angabe tätigten.

¹⁰ Die aus der Umfragewelle 2014 gezogenen Resultate werden durch die Ergebnisse der Umfragewelle 2012 bestätigt. Lediglich bei der Auswertung des Bildungsniveaus sind geringfügige Unterschiede zu verzeichnen. Entsprechend den 2012 erhobenen Werten ist ein eindeutiger Anstieg der ehrenamtlichen Tätigkeiten mit dem Bildungsniveau nachweisbar.

¹¹ Zum Vergleich: Der Anteil der Umfrageteilnehmer, die sich ehrenamtlich engagieren, aber nicht an der Wahl beteiligten, liegt in West- bzw. Ostdeutschland bei 9 % bzw. 8 %. Dem gegenüber liegt der Anteil der Personen, die keinem ehrenamtlichen Engagement nachgehen und sich nicht an der Wahl beteiligen, bei 15 % bzw. 21 %. Die ausstehende Differenz ergibt sich aus der Gruppe der Wahlberechtigten, die keine Angabe tätigten.